

# Woher kommen künftig Wärme und Licht?



Eine warme Stube, Licht, heisses Wasser – sie sind eine Selbstverständlichkeit, an die wir uns gewöhnt haben. Woher aber sollen Strom und Wärme kommen, wenn die fossilen Brennstoffe knapp und teuer werden und die Lebensdauer der Schweizer Kernkraftwerke zu Ende geht? Der Beitrag auf Seite 11 analysiert künftige Stromversorgungslücken und zeigt, wie der Bedarf auch mittelfristig gedeckt werden kann.

Wie viel darf man sich zum Beispiel von den erneuerbaren Energien versprechen? Langfristig steckt das grösste Potenzial in der Sonnenenergie und in der Nutzung der Umweltwärme per Wärmepumpen oder durch die Nutzung der tiefen Geothermie (Seite 5). Bereits heute gibt es aber auch gute Argumente, Holz vermehrt als Energieträger zu nutzen: Holzenergie ist nicht nur CO<sub>2</sub>-neutral, die technische Weiterentwicklung hat auch zu komfortablen, emissionsarmen und weitgehend automatisierbaren Grossfeuerungsanlagen geführt (Seite 17). Alle Prognosen und Modelle zeigen aber vor allem eines: Wir müssen die Energie – unabhängig davon woher sie kommt – noch viel effizienter einsetzen, als dies heute geschieht.

Zwei Beiträge dieser Ausgabe zeigen auch, was man von einem erfolgreichen Abfallmanagement lernen kann. Denn Abfälle korrekt und kostengünstig zu entsorgen, ist eine Kunst, die sich nicht nur für Verwaltungen und Schulen auszahlt (Seite 39 und 43).

Ein weiterer Themenschwerpunkt widmet sich der Hochwasservorsorge. Warum gerade der Kanton Zürich gegen Überflutungen vorsorgen muss, welche Massnahmen es gibt und was im akuten Hochwasserfall vor sich geht, lesen Sie auf den Seiten 23–38.

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen einen trockenen und behaglichen Herbst.

Herzliche Grüsse

Isabel Flynn  
Redaktorin Zürcher UmweltPraxis

**Inhaltliche Verantwortung:**

**Isabel Flynn**

**Redaktorin «Zürcher UmweltPraxis»**

**Koordinationsstelle für Umweltschutz**

**Generalsekretariat Baudirektion**

**Postfach, 8090 Zürich**

**Telefon 043 259 24 18**

**isabel.flynn@bd.zh.ch**

**www.umweltschutz.zh.ch**

Editorial

### Öffentliches Register über die Freisetzung von Schadstoffen

Informationen über die Freisetzung bestimmter Schadstoffe und über den Transfer bestimmter Abfälle sollen künftig öffentlich zugänglich sein. Meldepflichtig sind rund 1000 grosse und mittlere Betriebe, wenn sie Schadstoffe freisetzen, die über einen festgesetzten Schwellenwert hinausgehen. Damit setzt die Schweiz eine internationale Verpflichtung um. Erfahrungen im Ausland zeigen, dass sich mit solchen Registern die Freisetzung von Schadstoffen verringern lässt. [www.umwelt-schweiz.ch](http://www.umwelt-schweiz.ch)

### Übersicht über die potenzielle Permafrostverbreitung in der Schweiz

Anhand von Modellrechnungen hat das Bundesamt für Umwelt BAFU eine Übersicht über die potenzielle Permafrostverbreitung in der Schweiz erstellt. Die Daten dieser Hinweiskarte wurden den betroffenen Kantonen zugestellt. Diese können das Modell mit der Realität vergleichen und allenfalls ihre Gefahrenkarten anpassen und so den Schutz der Bevölkerung verbessern.

[www.umwelt-schweiz.ch](http://www.umwelt-schweiz.ch)

### Ab 1. November sind die Kosten für die gesamte Altlastenbearbeitung geregelt

Nun ist umfassend geregelt, wer welche Kosten tragen muss, wenn Altlasten erfasst, untersucht und saniert werden. Der Bundesrat hat die entsprechende Revision des Umweltschutzgesetzes per 1. November 2006 in Kraft gesetzt. Das Parlament hatte diese im Dezember genehmigt. Neu kann der Bund an alle Massnahmen einen finanziellen Beitrag leisten. Die Kosten für die Entsorgung von Aushub aus belasteten Standorten gehen neu teilweise zu Lasten von Verursachern und früheren Besitzern. Die Aufwendungen für Untersuchungen von Standorten, die sich als nicht belastet erweisen, trägt der Kanton.

Faktenblatt unter: [www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/def/5660](http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/def/5660)

[www.umwelt-schweiz.ch](http://www.umwelt-schweiz.ch)

### NFA und Handlungsbedarf der Kantone im Umweltrecht

Die Abteilung Recht des BAFU hat im Juni 2006 das «Gutachten über den gesetzgeberischen Handlungsbedarf der Kantone im Umweltrecht als Folge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen [NFA]» veröffentlicht.

PDF unter: [www.umwelt-schweiz.ch/buwal/def/index.html](http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/def/index.html)

→ Themen: *Recht* → *Rechtsgutachten/Berichte*  
→ 2. Umweltschutzgesetz: *Gutachten und Berichte*.

### Aktionsplan gegen Feinstaub verabschiedet

Der Bundesrat hat im Juni den Aktionsplan gegen Feinstaub, der von den Kantonen unterstützt wird, verabschiedet. Fünf neue Massnahmen ergänzen die bereits ausgearbeiteten Mass-

nahmen des UVEK. Der Aktionsplan Feinstaub soll in den nächsten Jahren zu einer beträchtlichen Verringerung der Russemissionen beitragen.

Neuerungen betreffen ausschliesslich die Reduktion der Emissionen von Dieselschlamm.

Siehe *Faktenblatt Aktionsplan gegen Feinstaub*, [www.umwelt-schweiz.ch](http://www.umwelt-schweiz.ch)

### Lärmschutz-Verordnung angepasst

Der Bundesrat hat am 23. August die Lärmschutz-Verordnung den heutigen Anforderungen angepasst beim zivilen Schiesslärm, dem Schallschutz an Gebäuden und den Lärmrechnungen. Die Änderungen treten auf den 1. November 2006 in Kraft.

[www.umwelt-schweiz.ch](http://www.umwelt-schweiz.ch)

### Gefahrenkartierung: Noch sind grosse Anstrengungen der Kantone nötig

Gefahrenkarten zeigen, wo in der Schweiz Siedlungen von Hochwasser, Lawinen, Rutschungen oder Felsstürzen bedroht sind. Im Bereich Lawinen sind 66 Prozent der Flächen erfasst, bei Hochwasser 30, bei Felsstürzen 29 und bei Rutschungen 23 Prozent. Der Bund unterstützt die Kantone, damit die Gefahrenkarten bis 2011 vollständig vorliegen. Während einige Kantone die Arbeiten bereits weitgehend abschliessen konnten, befinden sich andere noch in der Konzeptphase. Im Rahmen der Gefahrenprävention dienen Gefahrenkarten primär der Ausscheidung von Gefahrenzonen und der Formulierung von Bauauflagen. Beim Hochwasser vom August 2005 haben sich die bestehenden Gefahrenkarten bewährt (siehe auch Beitrag Seite 23).

[www.umwelt-schweiz.ch](http://www.umwelt-schweiz.ch)

### Verwertungsziel für PET erreicht, aber Finanzierung des Recyclings gefährdet

Dank zusätzlicher Sammelaanstrengungen sind vergangenes Jahr 75 Prozent der PET-Flaschen wiederverwertet worden. Das zeigt die Statistik der Getränkeverpackungen 2005. Damit ist die gesetzliche Verwertungsvorgabe zwar just erreicht. Gefährdet ist aber die freiwillige, privatwirtschaftliche Finanzierungslösung des PET-Recyclings. Das BAFU bereitet daher die Einführung einer staatlichen Entsorgungsgebühr vor für den Fall eines Scheiterns des heutigen Modells. Sie wird sich an die anfangs 2002 eingeführte VEG auf Getränkeverpackungen aus Glas anlehnen, die von allen Beteiligten gelobt wird. Aus heutiger Sicht sollte eine Gebühr von 4 bis 5 Rappen reichen, um den Aufwand für Sammlung, Transport, Kommunikation und Administration decken zu können.

### Weichen für Zukunft der Landwirtschaft sind gestellt

Nach eineinhalbjähriger Laufzeit ist das Projekt «Zukunftsfähige Landwirtschaft im Kanton Zürich» abgeschlossen worden. Erarbeitet wurden Massnahmen, wie die kantonale landwirtschaftsbezogene Politik und der Vollzug der zugehörigen Vorschriften verbessert werden können. Die Themenfelder reichten von Gewässerschutz, Luft-

hygiene, Natur- und Landschaftsschutz, Tierschutz über Bauen ausserhalb der Bauzone bis zur Steuerpraxis bei Aufgabe der Landwirtschaft.

*Amt für Landschaft und Natur*

### Auf die Totalrevision des Planungs- und Baugesetzes wird verzichtet

Vom 19. August 2005 bis 23. Januar 2006 fand das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf des Planungs- und Baugesetzes (PBG) statt. Gestützt auf die eingegangenen Vernehmlassungsantworten hat der Regierungsrat entschieden, auf die Totalrevision zu verzichten. Gleichzeitig hat er die Baudirektion beauftragt, zu prüfen, ob ausgewählte Bereiche des bestehenden Planungs- und Baugesetzes über Teilrevisionen angepasst werden sollen.

*Vernehmlassungsbericht und Regierungsratsbeschluss über das weitere Vorgehen unter* [www.npbg.zh.ch](http://www.npbg.zh.ch).

### Europa kompatibel Chemikalien-Regelungen

Im August 2005 ist die Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung in Kraft getreten. Seither sind in der EU diverse Rahmenbedingungen für die Abgabe von bestimmten Chemikalien geändert worden. Damit keine neuen Handelshemmnisse entstehen, sollen die Schweizer Bestimmungen erneut denjenigen der EU angeglichen werden. Das UVEK hat die Verordnungsänderung in Anhörung geschickt.

[www.umwelt-schweiz.ch](http://www.umwelt-schweiz.ch)

### Ursula Gut-Winterberger ist neue Baudirektorin

Nach der Vereidigung durch den Kantonsrat hat der Regierungsrat an der konstituierenden Sitzung vom 21. August 2006 die am 9. Juli gewählte Dr. Ursula Gut-Winterberger zur neuen Baudirektorin bestimmt.

### Neuer Leiter des Amtes für Verkehr

Der Regierungsrat hat Thomas Kieliger zum neuen Chef des Amtes für Verkehr ernannt. Er hat die Stelle per 1. August 2006 angetreten, unter Beibehaltung seiner bisherigen Funktion als Leiter der Organisationseinheit Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS).

### Mehr Radwege im Kanton Zürich

Der Regierungsrat hat die «Radwegstrategie 2005» verabschiedet. In den kommenden 25 bis 30 Jahren soll ein kantonales Radwegnetz mit einer Gesamtlänge von 1700 Kilometern entstehen, die Städte Winterthur und Zürich nicht eingerechnet. Der jährliche Aufwand beläuft sich auf rund 13 Millionen Franken. Die Reihenfolge der Arbeiten richtet sich nach einer Prioritätenliste, die Kriterien wie Verkehrssicherheit oder Zubringerfunktion stärker gewichtet als touristisch motivierte Erschliessungen.

*Quelle: Kanton Zürich*